

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Nawaz Sharif zu lebenslänglicher Haft verurteilt

Der Schauprozess gegen den im Oktober letzten Jahres mit einem Militärputsch abgesetzten Regierungschef Nawaz Sharif endete am 6. April mit einem Schuldspruch. Ein Anti-Terrorismus-Gericht in der südpakistanischen Millionenstadt Karachi verurteilte den Ex-Premier in erster Instanz zu einer zweimal lebenslänglichen Haftstrafe (in der Praxis entspricht dies 50 Jahren Haft) wegen Flugzeugentführung und terroristischer Aktivitäten gegen den Luftverkehr. Außerdem verfügte der Vorsitzende Richter Rehmat Hussein Jaffery mit seinem Urteil die Beschlagnahme des gesamten Vermögens des als einer der reichsten Männer Pakistans geltenden Politikers. In der Begründung des von pakistanischen Printmedien veröffentlichten Urteils hieß es, das Gericht sehe es als erwiesen an,

daß Sharif am 12. Oktober 1999 versucht habe, die Landung eines aus Sri Lanka kommenden Passagierflugzeugs der 'Pakistan International Airline' (PIA) mit 198 Menschen an Bord zu verhindern. Das Motiv: Unter den Fluggästen der fraglichen Maschine befand sich auch General Pervaiz Musharraf, den Sharif wenige Stunden zuvor aus seinem Amt als Armeeführer entlassen hatte und der sich nach dem Empfang dieser Nachricht mit dem PIA-Flieger auf dem Rückweg von einer Auslandsreise befand. Wie zahlreiche von der Staatsanwaltschaft während des Prozesses aufgebotene Zeugen bestätigten, konnte das Flugzeug nach stundenlangen Warteschleifen erst landen, nachdem Armeeeinheiten den Flughafen von Karachi gewaltsam unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Der Vorfall diene General Musharraf als Vorwand, noch in der selben Nacht die gewählte Sharif-Regierung aus dem Amt zu treiben und als sogenannter 'Chief Executive' (CE) die Macht im Land zu übernehmen.

Bemerkenswert am Urteil im Sharif-Prozess ist der Umstand, daß die Richter nicht die von der Staatsanwaltschaft geforderte - und von vielen Beobachtern erwartete - Todesstrafe verhängten.

Außerdem durften sich sechs weitere Mitangeklagte von Nawaz Sharif sogar über einen Freispruch freuen. Unter den Glücklichen befanden sich unter anderem Shabaz Sharif, ein Bruder des Ex-Premiers und bis zum Militärputsch als Ministerpräsident der Provinz Punjab amtierend, sowie Syed Ghous Ali Shah, ein früherer Ministerpräsident der Provinz Sindh und einflußreicher Berater der Sharif-Administration. Ob die Freude über die neugewonnene Freiheit bei den sechs Betroffenen von Dauer sein wird, bleibt allerdings abzuwarten. Denn die Staatsanwaltschaft kündigte postwendend an, gegen die Freisprüche Berufung einzulegen. Somit dürfte der Sharif-Prozess schon bald vor der nun zuständigen Gerichtsstanz, dem ebenfalls in Karachi ansässigen High Court der Provinz Sindh, mit allen Akteuren in eine zweite Runde gehen. Denn auch die Anwälte von Nawaz Sharif haben dort bereits eine Berufungsklage eingereicht. Immerhin droht ihrem Mandanten mit einem tatsächlichen Vollzug der jetzt verhängten Strafe das endgültige Ende seiner politischen Karriere.

Militärregierung kündigt Kommunalwahlen an

Militärdiktator General Pervaiz Musharraf hat der Öffentlichkeit im Rahmen einer am symbolträchtigen Datum 23. März, dem pakistanischen Verfassungstag, veranstalteten Pressekonferenz seine Pläne zur Wiederbelebung der Demokratie im Land vorgestellt. Demnach sollen im Dezember 2000 Kommunalwahlen zur Etablierung von Gemeindeparlamenten stattfinden. Erstmals in der pakistanischen Geschichte sollen dabei diesmal auch in den Städten Gemeinderäte in freien Wahlen bestimmt werden. Am 14. August 2001 sollen dann nach den Vorstellungen Musharraf in einem weiteren Urnengang auch auf Distriktebene demokratisch legitimierte neue Kommunalregierungen ins Amt berufen werden, deren Arbeit entsprechende Distriktparlamente zu kontrollieren haben. An der administrativen Spitze der Kommunen stehen künftig mit den Kompetenzen eines Verwaltungschefs ausgestattete Bür-

germeister, die von der Bevölkerung direkt zu wählen sind. Eigene Finanzhaushalte sollen den lokalen Bürgerparlamenten ermöglichen, in eigener Verantwortung Entscheidungen zu fällen, die beispielsweise Fragen des Wegebbaus, der Strom- und Wasserversorgung, der Bildung und Gesundheit betreffen.

Für Diskussionsstoff sorgt das Reformpaket der Militärregierung vor allem aufgrund des Umstands, daß die politischen Parteien nach dem Willen des Diktators von diesen Wahlen ausgeschlossen bleiben. Allerdings bleiben die Parteien auch weiterhin ausdrücklich erlaubt und auch in den etablierten Parteien organisierte Politiker dürfen bei den geplanten Wahlen unter ihrem eigenen Namen kandidieren.

Eine weitere Neuerung betrifft das Wahlalter, das von bisher 21 Jahren auf 18 Jahre gesenkt wird.

Ansonsten bekräftigte Musharraf bei dieser Gelegenheit erneut sein Bekenntnis zur derzeit geltenden Fassung der Verfassung. Änderungen werde es nur dort geben, wo dies absolut notwendig sei.

Machtkampf in der 'Muslim League'

Das laufende Gerichtsverfahren und die in erster Instanz verhängte lebenslängliche Haftstrafe gegen Nawaz Sharif hat in der früheren Regierungspartei 'Pakistan Muslim League' (PML), deren amtierender Präsident der Ex-Premier nach wie vor ist, einen handfesten Machtkampf ausgelöst. Erbittert streitet die ihres Leitwolfs verlustig gegangene PML-Führungsspitze um das politische Erbe und die damit verbundenen Pfründe des verwaisten Chefpostens der Partei. Diesen Eindruck vermitteln zumindest die im vollen Rampenlicht der Medien offen ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten der diversen potentiellen Nachfolger um den zukünftigen Kurs der Partei. Im Kern geht es bei diesem Richtungsstreit um die Frage, wie sich die PML gegenüber dem Militärregime verhalten soll. Während ein von Politikern wie Ejaz-ul Haq und Gohar Ayub Khan - beide sind sinnigerweise Söhne früherer Militärdiktatoren - angeführter Flügel für

einen baldigen Schulter-schluß mit den neuen Machthabern und eine rasche Ablösung des diskreditierten Nawaz Sharif als Parteichef plädieren, fordert ein anderer nach wie vor loyal zum inhaftierten Sharif stehender Zirkel um Persönlichkeiten wie die früheren Minister Tehmina Daultana, Sheikh Rashid und Halim Siddiqi zum harten Konfrontationskurs gegenüber dem Militärregime auf. Zur Gallionsfigur der Sharif-Getreuen stieg innerhalb weniger Monate Kulsoom Sharif, die Ehefrau des eingekerkerten PML-Vorsitzenden auf, die nach der Verhaftung ihres Gatten aus dem Stand von einer Hausfrau ohne jede politische Erfahrung zu einer kämpferischen Volkstribunin mutierte. Unermüdlich reist sie seitdem als Rednerin von einer Massenveranstaltung zur nächsten durch die Lande und mobilisiert dabei ein wachsendes, ernstzunehmendes Protestpotential gegen die Militärjunta. Öffentlich streitet Kulsoom Sharif zwar stets jegliche Ambitionen auf einen Führungs-posten in der PML oder sonstige

politische Ämter ab, doch halten sich in den Gazetten der Printmedien hartnäckig Spekulationen über ihr baldiges Auf-rücken in die Chefetage der Partei ihres Mannes. Als wahrscheinlichste Variante wird von Beobachtern die Option ge-handelt, daß Kulsoom Sharif von einem Teil der Parteigranden zur kommissari-schen Parteivorsitzenden gekürt werden könnte. Allerdings stößt diese Perspek-tive im Lager der Befürworter eines Burgfriedens mit der Armee auf hart-näckigen Widerstand, der nach Ansicht mancher Beobachter im schlimmsten Fall zu einer Spaltung der PML führen könnte.

14 Tote bei Anschlag auf schiitische Moschee

Gleich zum Auftakt des schiitischen Trauermonats Muharram hat es am 12. April einen ersten religiös motivierten Terroranschlag mit vielen Toten und Verletzten gegeben. Wie aus pakistani-schen Presseberichten hervorgeht, rich-

teten mehrere maskierte Täter in dem rund 130 Kilometer westlich der Haupt-stadt Islamabad gelegenen Dorf Maloh-wali ein Blutbad an, als sie während des Nachtgebets in den Innenhof einer voll-besetzten schiitischen Moschee mehrere Granaten warfen und anschließend mit Kalaschnikows in die Menge der Gläubi-gen feuerten. Dabei starben nach Be-hördenangaben 14 Menschen, darunter auch ein Kind sowie ein Polizist. 30 weitere Opfer erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Die Täter konnten uner-kannt entkommen. Erste Medienspekulationen über die möglichen Drahtzieher des Anschlags richteten sich gegen die für ihre Gewaltbereitschaft gegen schiitische Einrichtungen und Führungspersönlichkeiten berüchtigten Aktivisten der militant-sunnitischen Splitterpartei 'Sipah-e-Sahaba Pakistan' (SSP). Seit vielen Jahren liefert sich die SSP, der zahlreiche Morde an schiitischen Geistlichen und Politikern sowie Terroran-schläge auf schiitische Gotteshäuser zur Last gelegt werden, insbesondere mit einer ebenso militanten schiitischen Par-tei namens 'Tehrik-e-Jafria Pakistan' (TJP) einen blutigen Untergrundkrieg. Als Anhaltspunkt für die Verdachtsmo-mente im aktuellen Fall dient der Um-stand, daß sich unter den Toten fünf Familienangehörige des TJP-Chefs Syed Sajid Naqvi befanden, der aus Maloh-wali stammt.

In Reaktion auf das Attentat ver-schärfte die Militärregierung aus Sorge vor Racheakten und gewalttätigen Zu-sammenstößen zwischen Sunniten und Schiiten in den sensiblen Regionen des Landes sowie in zahlreichen Städten die Sicherheitsvorkehrungen. Insbesondere in der Provinz Punjab marschierten vielerorts Truppenverbände der Armee auf, wie Augenzeugen vor Ort berichte-ten.

Dennoch kam es nur einen Tag später zu zwei weiteren Zwischenfällen: So wurde am 13. April aus Khanpur unweit der süd-punjabischen Metropole Multan eine Massenschlägerei zwischen den aufgebrachtten Anhängern zweier ver-feindeter schiitischer und sunnitischer Sekten gemeldet, die entsprechenden Presseberichten zufolge mit Bambus-stöcken und Eisenketten ausgetragen wurde. Dabei wurden mehr als zwölf Menschen verletzt, darunter auch einige Polizisten, die unter Einsatz von Tränen-gas und mit Warnschüssen in die Luft versucht hatten, die Menge auseinan-derzutreiben, hieß es. Ausgelöst wurden die Unruhen in Khanpur offenbar durch eine schiitische Prozession, als diese provozierende Slogans skandierend un-mittelbar an einer sunnitischen Koran-schule vorbeizog.

In Quetta, der Provinzhauptstadt Ba-lochistans, wurde am selben Tag im



Immer wieder kommt es in Pakistan zu Massakern zwischen schiitischen und sunnitischen Muslimen
(Foto: Walter Keller)

Wohnviertel der schiitischen Minderheit in deren Hauptmoschee bei einer Routineuntersuchung der Polizei eine Bombe entdeckt, die von Experten noch rechtzeitig entschärft werden konnte.

Friedensinitiative indischer und pakistanischer Frauen in Lahore

Im Gedenken an den letztendlich gescheiterten 'Friedensgipfel' zwischen Indiens Premier Vajpayee und dem damaligen pakistanischen Regierungschef Nawaz Sharif in der Grenzstadt Lahore vor etwas mehr als einem Jahr haben indische und pakistanische Frauen am 25. März an gleicher Stelle mit einer ungewöhnlichen Aktion für Frieden und Abrüstung zwischen beiden Ländern demonstriert. Zu diesem Zweck wagte eine Gruppe von 36 indischen Frauen mit einem sogenannten 'Womens Peace Bus' die Reise über die nahezu hermetisch abgeriegelte Grenze in die im pakistanischen Teil des Punjab gelegene Provinzhauptstadt Lahore. Dort erwarteten sie bereits zahlreiche Aktivistinnen der 'Human Rights Commission of Pakistan' (HRCP), des 'Pak-India Peoples Forum for Peace and Democracy' sowie diverser Frauenverbände. Gemeinsam setzten sich die Demonstrantinnen für eine nuklearwaffenfreie Zone in Süd-asien, für eine Lösung der Kashmirfrage im gemeinsamen Dialog sowie für eine massive Kürzung der Militärhaushalte beider Länder zugunsten von Aufgaben der Entwicklung ein.

Die aktuelle Initiative des 'Womens Peace Bus' steht im Zusammenhang mit einem Prozeß, der bereits 1999 in Gang gesetzt wurde. Damals starteten unter dem Banner der 'Womens Initiative for Peace in South Asia' (WIPSA) in Süd-asien zwei große Friedensprogramme. Unter anderem organisierte WIPSA im Dezember 1999 in Bangladesch, Indien, Nepal, Pakistan und Sri Lanka eine Reihe von Menschenketten, um ihrer Forderung nach einer kriegs- und nuklearwaffenfreien Zone Südasiens Nachdruck zu verleihen.

'Jamaat-e-Islami' führt Referendum zum Teststopp-Abkommen durch

Im Umfeld des Clinton-Besuchs in Süd-asien hat die wichtigste religiöse Partei Pakistans, die 'Jamaat-e-Islami' (JI), am 23. März im ganzen Land eine vielbeachtete Bürgerbefragung zum 'Comprehensive Test Ban Treaty' (CTBT) durchgeführt. Zu diesem Zweck errichteten JI-Aktivistinnen flächendeckend in ganz Pakistan zahllose Wahlurnen, an den Interessenten über den Satz "Atomwaffenprogramm und nationales Interesse erfordern es, daß der CTBT unterzeichnet/nicht unterzeichnet werden sollte" abstimmen konnten. Das Ergebnis des Referendums: 98,6 Prozent

der Befragten stimmten gegen eine Unterzeichnung des CTBT durch Pakistan, eine der wichtigsten politischen Forderungen des US-Präsidenten an die Adresse Islamabad. Gewicht erhielt die Umfrage durch den Umstand, daß sich nach Angaben der JI-Führung insgesamt rund 15,4 Millionen Menschen daran beteiligten, immerhin mehr als 10 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Indien und Pakistan verhandeln über die einzige Zugverbindung zwischen beiden Ländern

Trotz der derzeit angespannten indisch-pakistanischen Beziehungen vor dem Hintergrund wiederholter Grenzgefechte entlang der Demarkationslinie in Kashmir mit Toten und Verletzten auf beiden Seiten haben sich Delhi und Islamabad am 12. April zur Aufnahme gemeinsamer Beratungen über das weitere Schicksal des sogenannten 'Samjhota Express' geeinigt. Dabei handelt es sich um die einzige existierende Bahnverbindung zwischen den beiden Nachbarländern. Beide Seiten bekräftigten zum Auftakt der Gespräche, daß man unter allen Umständen daran interessiert sei, den Betrieb der Linie ohne Unterbrechungen aufrecht zu erhalten. Im Mittelpunkt der Gespräche dürften nach Ansicht von Beobachtern vor allem die weitere Finanzierung der hoch defizitären Strecke sowie die künftige Verteilung der mit dem Unterhalt verbundenen Lasten stehen.

Neuer IMF-Milliardenkredit für Pakistan?

Nach Abschluß einer weiteren Verhandlungsrunde mit einer hochrangigen IMF-Delegation zeigten sich die pakistanischen Unterhändler am 12. April im Rahmen einer Pressekonferenz in Islamabad zuversichtlich, daß Pakistan einen frischen Großkredit in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar erhalten könnte. Hierbei soll es sich um Mittel eines neu aufgelegten Finanzierungsprogramms des Internationalen Währungsfonds handeln, das als 'Poverty Reduction Growth Facility (PRGF)' bezeichnet wird. Dies geht zumindest aus den positiven Einschätzungen hervor, die der Gouverneur der Staatsbank, Ishrat Hussain, und der Generalsekretär im Finanzministerium, Moeen Afzal, den Journalisten präsentierten. Zur Begründung hieß es, die Wirtschaft des Landes habe sich in den zurückliegenden Monaten erfreulich entwickelt. Auch die Zukunftsperspektiven seien positiv. So habe sich das Wachstum des Bruttosozialprodukts von 3,1 Prozent im vergangenen Fiskaljahr auf aktuell 4,4 Prozent beschleunigt. Gleichzeitig sei die Inflation bei stabilen

Devisenreserven auf drei Prozent zurückgegangen. Eindrucksvolle Erfolge meldeten die Finanzunterhändler außerdem mit dem Hinweise auf das rückläufige Haushaltsdefizit, das in den vergangenen beiden Jahren um 1,9 Prozentpunkte auf jetzt noch 5,6 Prozent des Bruttosozialprodukts gesenkt werden konnte. Die endgültige Gewährung der in Aussicht gestellten milliardenschweren IMF-Finanzspritze hängt nun noch vom Ausgang einer weiteren Verhandlungsrunde mit den Währungsfonds-Emissären in Washington ab.

Dürre im Sindh bedroht Wasser- und Energieversorgung

Nach einer bereits seit mehreren Monaten anhaltenden Trockenperiode drohen vor allem der Bevölkerung im Süden Pakistans ernste Engpässe bei der Trinkwasser- und Energieversorgung. Aus dem Gebiet der Wüste Thar im Grenzgebiet zu Indien wurden bereits Fluchtbewegungen der dort ansässigen Bewohner in weniger gefährdete Regionen beobachtet. Aber auch die Millionenmetropole Karachi bekommt bereits die Folgen der Dürre zu spüren. In manchen Stadtteilen ist die Trinkwasserversorgung über das öffentliche Kanalsystem praktisch zusammengebrochen und kann nur noch mit Hilfe von Tankwagen notdürftig aufrecht erhalten werden. Zudem kommt es immer wieder zu Stromausfällen, da zumindest die Wasserkraftwerke aufgrund zu niedriger Wasserpegel in den Flüssen - namentlich im Indus - nicht mehr produzieren können. Die mit Öl, Gas und Kohle befeuerten Heizkraftwerke können die dadurch entstehende Bedarfslücke längst nicht mehr schließen. Auch hier meldeten die Betreibergesellschaften bei ihren völlig überlasteten Anlagen erste Ausfälle.

Die Situation dürfte sich in den Dürregebieten in den kommenden Wochen weiter verschärfen, wenn die Meteorologen Recht behalten. Denn Regenfälle sind nach ihren Prognosen bis in den Juni hinein nicht zu erwarten. Linderung könnte allenfalls das Einsetzen der Schneeschmelze in den Hochgebirgsregionen des Himalayas und Karakorum bringen, die die Pegelstände der pakistanischen Flüsse auch in den trockensten Sommern wieder anschwellen läßt. Allerdings befürchten Experten, daß das Sommerhochwasser im Flußsystem des Indus-Beckens in diesem Jahr deutlich niedriger als gewohnt ausfallen dürfte. Denn auch in den Gebirgen im fernen Norden des Subkontinents sind im vergangenen Winter die üblichen Niederschläge weitgehend ausgeblieben.